

in kürze

SONY ELEKTRONIK

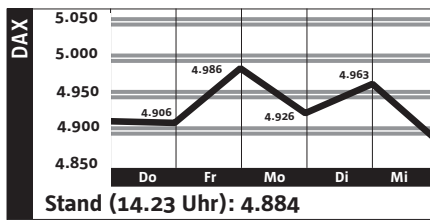
Stellenabbau droht

Der japanische Elektronikkonzern Sony steht offenbar vor einer neuen Sparrunde. Analysten rechnen damit, dass der neue Sony-Chef Howard Stringer heute massive Stellenstreichungen vor allem in der TV-Sparte bekannt gibt, die dazu beitragen sollen, das Unternehmen wieder aus der Verlustzone zu bringen. (rtr)

US-AKW/NEW YORK

Radioaktives Leck

Im US-AKW Indian Point 2 im Staat New York ist eine kleinere Menge leicht radioaktives Wasser ausgetreten. Ein Sprecher der Atomaufsicht erklärte, kleinere Mengen des radioaktiven Wasser seien einige Meter unterhalb des Behälters mit den abgebrannten Brennstäben entdeckt worden. Eine Untersuchung sei eingeleitet worden. (ap)



DER ÖLPREIS

„Rita“ heizt an

Der Wirbelsturm „Rita“ interessiert die Märkte offenbar mehr als die Opec. Dass das Kartell die Ölproduktion anheben will, wohl geringer als die Sorge vor einer neuen Naturkatastrophe, die wieder die Ölförderanlagen im Golf von Mexiko treffen könnte. Ein Barrel (159 Liter) leichtes US-Öl der Sorte WTI kostete bis zu 68 US-Dollar. (dpa)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.481,52** (-76,11)
 TecDax **50.605,25** (+0,48)
 EuroStoxx 50 **3.335,86** (-39,93)
 Anleihen **2,88 % Rend.** (-0,03)
1,2225 Dollar = 1 Euro (+0,0071)
0,6751 Pfund = 1 Euro (-0,0017)
135,95 Yen = 1 Euro (+0,52)
 Feinunze Gold **467,00 \$** (-3,00)
 Barrel Rohöl **64,30 \$**
 Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortag
 in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag

Giftcocktail hinter der Windschutzscheibe

Das Umweltbundesamt in Wien hat Autos von Opel, Mercedes, Renault, Mitsubishi, VW und Alfa getestet. In allen Fahrzeugen wurden gesundheitsschädliche Substanzen festgestellt. Umweltschützer warnen davor, die EU-Chemie-Richtlinie zu verwässern

VON STEPHAN KOSCH

Neue Autos können die Gesundheit gefährden. Dies ergaben Untersuchungen, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und seine österreichische Schwesterorganisation „Global 2000“ gestern veröffentlichten. Das Problem: Die Innenraumluft enthält knapp 100 giftige Chemikalien, unter anderem Formaldehyd und Benzol, die als Krebs erregend gelten. Hinzu kommen mehr als 50 flüchtige organische Verbindungen (VOC), die in teils gesundheitsschädlichen Konzentrationen auftreten. „Der Giftcocktail ist Besorgnis erregend“, sagt BUND-Chemieexpertin Patricia Cameron.



Das hilft kein Duftbäumchen: Die Luft in Neuwagen kann schädliche Nebenwirkungen haben FOTO: KOLLEKTIVFOTO

Global 2000 hat sechs Neufahrzeuge unterschiedlicher Hersteller getestet. Drei Fahrzeuge – ein Opel Astra, ein Mercedes E 220 und ein Renault Megane – wurden erst gelüftet, dann auf den Scheibeninnenflächen gereinigt und schließlich an einem heißen Sommertag direkt der Sonne ausgesetzt. Drei weitere Autos – ein Mitsubishi Colt, ein Alfa Romeo und ein Golf – standen im Regen. Nach drei Stunden wurden die Innenscheiben mit Baumwolltüchern abgeleitet und die Luft abgesaugt. Die Proben hat das Umweltbundesamt in Wien ausgewertet.

Ergebnis: In allen Fahrzeugen lag die VOC-Belastung über dem Referenzwert von 1 Milligramm pro Kubikmeter. Schon diese Konzentration kann Augen- oder Atemwegsreizungen auslösen. Ebenfalls in allen Autos nachweisbar war Benzol, das in jeder Dosierung als „eindeutige Krebs erregend“ gilt. Auf Formaldehyd

wurden nur die in der Hitze stehenden Wagen getestet. Der Referenzwert von 1,25 Milligramm pro Kubikmeter, den die US-Umweltbehörde festgelegt hat, wurde bei allen klar überschritten. Cameron räumt ein, dass der Versuch einer „Stichprobe“ gleich. Weil aber in allen Autos die

Grenzwerte überschritten wurden, könne man nicht von Einzelfällen ausgehen. Das Problem sei vielmehr, dass für Autositze, Lacke und Kunststoff Chemikalien benutzt werden, die bereits vor 1981 verkauft wurden. Damals war noch nicht vorgeschrieben, dass sie auf mögliche Gesundheitsschäden überprüft

werden mussten. Für Autohersteller, die umweltfreundlichere Chemikalien einsetzen wollten, fehlten daher die notwendigen Informationen. Bis Redaktionsschluss waren von Opel und Mercedes keine Stellungnahmen zu erhalten.

Die Lösung könnte die EU-Chemikalienrichtlinie REACH bringen. Sie soll die Hersteller und Importeure von Chemikalien verpflichten, Sicherheitsdaten über ihre Produkte vorzulegen. Seit 1999 arbeitet die Kommission an der Richtlinie, im November wird das Parlament sie erstmals beraten.

Die Richtlinie ist in zwei Parlamentsausschüssen aber bereits deutlich abgeschwächt worden – auf Druck der Industrie. So sollen etwa Chemikalien, von denen jährlich weniger als zehn Tonnen produziert werden, überhaupt nicht mehr erfasst werden. Damit will die EU kleineren Unternehmen entgegenkommen.

Cameron sieht aber dennoch Chancen für mehr Verbraucherschutz. „Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht zu Ende.“ Eine entscheidende Rolle werde der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments spielen, der sich Anfang Oktober mit REACH befasst. Sollte dieser die „Verwässerung“ ablehnen, gebe es Chancen auf eine strengere Richtlinie – und auf bessere Luft in neuen Autos.

Brüssel I: Rückzug beim Feinstaub

BRÜSEL dpa/taz ■ Deutsche Städte und Gemeinden bekommen womöglich Aufschub bei der Umsetzung der europäischen Feinstaub-Richtlinie. Einen entsprechenden Vorschlag stellte die EU-Kommission gestern vor. Bislang müssen Städte und Gemeinden die Belastung mit gefährlichem Feinstaub begrenzen, der Höchstwert darf an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden. In Deutschland haben bereits mehr als ein Dutzend Städte gegen diese Regelung verstoßen. Nun will die Kommission ihnen bis zu fünf Jahre Zeit geben, wenn sie nachweisen, dass Ziel ernsthaft zu verfolgen. Von dieser Änderung, die noch vom Europaparlament und den Mitgliedstaaten abgestimmt werden muss, würde auch die Industrie profitieren: Statt der bisher geplanten fast 12 Milliarden Kosten in Höhe von 7,1 Milliarden Euro zukommen.

Brüssel II: Mehr Beihilfe erlauben

BRÜSEL taz ■ Auch Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes will dazu beitragen, dass in Europa mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie schlug gestern vor, staatliche Zuschüsse vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu erleichtern. Dabei gebe es vor allem um die Finanzierung von Innovationen oder Stellen für hoch qualifizierte Forscher. „Staatliche Beihilfen werden nicht automatisch Europas Probleme lösen“, warnte Kroes. „Wenn in einem bestimmten Bereich aber die Marktmechanismen versagen, kann der Staat einen Impuls in die richtige Richtung geben.“ Bis Ende November will die Kommission Vorschläge von Unternehmen und Mitgliedstaaten sammeln. 2006 sollen dann wasserdichte Regeln formuliert werden, ob und wenn ja welche staatlichen Zuschüsse in einem bestimmten Fall mit den Regeln des Binnenmarktes vereinbar sind. DW

Vorsicht vor den kleinen Teilen

Erste Bürgerjury in Europa hat ihr Urteil über Nanotechnologie gefällt. Sie fordert umfangreiche Tests vor der Zulassung. Schrumpfen macht manchen Stoff giftig

HAMBURG taz ■ Seit einiger Zeit verdrängt Wissenschaft und Industrie, dass eine gewaltige technische Revolution bevorsteht: die Nanotechnik. Mit Hilfe von Molekülen und Teilchen, deren Durchmesser nur einige Millionstel Millimeter beträgt, sollen etwa perfekte Krebstherapien, winzige Computerchips mit ungeheurer Rechenkraft und Stoffe mit verblüffenden Eigenschaften möglich werden. Euphorische Prognosen erwarten Milliardenmärkte und die Regierungen der Industriestaaten fördern die Nanoforschung derzeit mit rund 4 Milliarden Euro pro Jahr. Wo so viel Geld im Spiel ist und alles besser werden soll, möchte man sich mit den eventuellen Nebenwirkungen nicht lange aufhalten.

Doch genau die haben erste toxikologische Studien zutage gefördert: Die Kleinstteilchen bewirken nicht nur Wunder, sondern können auch Zellen und Organe schädigen. Zwar versichert die Nanotech-Gemeinde, man wolle „aus den Fehlern der Gentechnikdebatte lernen“ und einen Dialog mit der Öffentlichkeit suchen. Aber bei solchen Absichtserklärungen ist es bislang geblieben.

Nun haben Greenpeace in Großbritannien und die britische Tageszeitung Guardian gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universitäten Cambridge

und Newcastle die Debatte in Gang gebracht. Sie riefen die so genannten „Nanofury“ ins Leben. Dieses Komitee aus zwanzig Bürgern, das erste zum Thema in Europa, hat gestern nach fünfwöchiger Beratung mit Experten und Kritikern sein „Urteil“ über die neue Technik abgegeben: zehn vorläufige Empfehlungen an Politik und Nanoforschung.

Wenn öffentliche Gelder investiert werden, sollten sie in langfristige Themen wie Gesundheit und Umweltprobleme fließen, empfiehlt die Nanofury unter anderem. Vor allem sollte die Entwicklung neuer Technologien der Solarenergie gefördert werden. Auch auf die Frage, wie mit den möglichen Gefahren von Nanomaterialien umgegangen werden soll, hat die Jury ebenfalls eine klare Antwort: „Künstlich hergestellte Nanopartikel sollen vor einer Freisetzung in einer kontrollierten Umgebung getestet werden, als ob es sich um neue Stoffe handelt.“ Zudem sollten sie „klar gekennzeichnet werden“.

Damit folgen die Bürger den Empfehlungen, die bereits die britische Royal Society oder die Rückversicherung Swiss Re ausgesprochen hatten. Denn Stoffe, die bisher als nicht giftig bekannt sind, können im Nanomorphose toxisch sein. Ein Beispiel ist Titandioxid, das in Sonnencreme die UV-Strahlung schluckt:

Mikrometer große Körnchen sind harmlos, während tausendmal kleinere Nanokörnchen sich in Tierversuchen plötzlich als problematisch entpuppten.

Vor allem die Industrie konnte sich mit dieser Erkenntnis bislang nicht recht anfreunden, weil daraus folgt, dass im Prinzip sämtliche bekannten Materialien erneut untersucht werden müssen – ein enormer Forschungsaufwand, der die Entwicklung neuer Produkte verzögern könnte. Der häufig von Seiten der Industrie geäußerte Wunsch, in der Nanoforschung sollte es weniger ethische Kontrollen und Regierungsbürokratie geben, fand in der Jury aber nur wenig Zustimmung.

Für den Physiker Richard Jones, den Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats der Jury, beweist das Projekt: „Man muss kein Experte sein, um tief gehende Fragen zu stellen.“ Jim Thomas von der kanadischen ETC Group, die vehement die möglichen Risiken der Nanotechnik anprangert, findet gar, dass die Laien der Jury „bessere Fragen gestellt haben, als es etablierte Wissenschaftsgremien je tun“. Eine Ohrfeige haben die Bürger dann auch den Fachleuten aus der Forschung ausgeteilt: „Wissenschaftler sollten ihre Kommunikationsfähigkeiten verbessern“, lautet die letzte Empfehlung. NIELS BOEING

Aufseher im Verdacht

Ermittlungen gegen Italiens Notenbankchef Fazio. Er soll unerlaubt in einen Bankenkampf eingegriffen haben

ROM taz ■ Die Staatsanwaltschaft Rom ermittelt gegen Italiens Notenbankchef Antonio Fazio wegen Amtsmissbrauchs. Auch strafrechtlich wird damit nun Fazio Rolle bei der Übernahme des italienischen Banken aufgearbeitet.

Sowohl im Kampf um die Banca Nazionale del Lavoro (BNL) als auch in der Auseinandersetzung um das Bankhaus Antonveneta standen in den vergangenen Monaten ausländische Großbieter gegen inländische Interessenten. Die BNL war im Visier von Spaniens Banco Santander, aber auch der der italienischen Genossenschaftsbewegung gehörende Versicherungskonzern Unipol; und auf die Antonveneta war die niederländische ABN Amro genauso scharf wie die Banca Popolare Italiana (BPI).

Dabei wurde mit harten Bandagen gekämpft: Sowohl die Unipol als auch BPI-Chef Gianpiero Fiorani verbündeten sich mit ebenso zwielichtigen wie kapitalstarken italienischen Immobilienhändlern, die gezielt Anteile an den beiden umkämpften Banken aufkauften – und gegen die nun wegen Insiderhandel ermittelt wird. Ein weiterer Mitkämpfer auf dem Spielfeld war offenkundig der eigentlich als Schiedsrichter vorgesehene Fazio, dem als Gouverneur der Banca d'Italia auch die Bankenaufsicht obliegt. Im Sommer be-

kann gewordene Abhörprotokolle machten deutlich, dass er ein äußerst inniges Verhältnis zu Unipol und BPI pflegte, auf Kosten der ausländischen Interessenten, die in der Bieterschlacht nicht zuletzt durch Auflagen Fazio ausgebremst wurden.

Fazio vertritt seit Jahren die Meinung, dass Italien in Europa nur dann oben mitspielen kann, wenn die Banken des Landes unter nationaler Kontrolle bleiben. Zu Hause war Fazio deshalb ein von beiden politischen Lagern umworbener Star – bis er mit seinen Manövern den Ruf des Finanzplatzes Italien schwer schädigte. Vertreter der Regierung und der Opposition fordern nun den Rücktritt des auf Lebenszeit Berufenen – bislang erfolglos.

Aufgaben musste dagegen der BPI-Chef Gianpiero Fiorani. Er legte mittlerweile alle seine Ämter in der Bank nieder, die zugleich bei der Übernahme der Antonveneta einen Rückzieher machen musste. Je intensiver die Staatsanwälte prüften, desto deutlicher wurde, dass die BPI die Übernahme mit undurchsichtigen Manövern finanziert hatte. BPI bot jetzt doch der niederländischen ABN Amro die Übernahme des Mehrheitspakets an der umkämpften Antonveneta an. Seine eigentliche Schlacht um den „nationalen“ Finanzplatz hat Fazio also verloren. MICHAEL BRAUN

Brüssel III: Neuer Defizitsünder

BRÜSEL afp ■ Großbritannien gehört nun auch zu den Defizitsündern in der Europäischen Union. Gestern beschloss die EU-Kommission, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten: Im Haushaltsjahr 2004/5, das am 31. März zu Ende ging, verzeichnete Großbritannien ein Minus in Höhe von 3,2 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt zieht eine Obergrenze von drei Prozent. Auch im vergangenen Jahr hatte London diese bereits überschritten, die Kommission hatte damals aber kein formales Defizitverfahren eröffnet, weil sie den Fehlbetrag als vorübergehend beurteilt hatte. Der jetzige lasse sich aber nicht mehr mit dem konjunkturellen Umfeld entschuldigen. Da Großbritannien nicht der Euro-Zone angehört, muss es aber wegen des Verfahrens keine Sanktionen befürchten.